

Herrn  
amtsführenden Stadtrat  
der Geschäftsgruppe  
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,  
Internationales und Wiener Stadtwerke  
KommR Peter Hanke

**Beschluss-(Resolutions-)Antrag**

der Gemeinderät\*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Anton Mahdalik (FPÖ) und Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

**kein EU-Beitritt der Ukraine**

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen attestierte der Ukraine vor kurzem „viele Etappenziele auf dem Weg zum EU-Beitritt erreicht“ und „über neunzig Prozent des Weges zu Beitragsverhandlungen geschafft“ zu haben. Die Ukraine befindet sich aber nach wie vor im Krieg. Allein schon aufgrund dieser Tatsache überhaupt an einen EU-Beitritt auch nur zu denken, ist jenseitig und würde die Europäische Union nur noch tiefer in diesen Konflikt hineinziehen. Doch auch in allen anderen Bereichen erfüllt dieses Land die für eine Aufnahme notwendigen Kopenhagener Kriterien überhaupt nicht. Beitreitgespräche, wie sie die Brüsseler Eliten rund um Kommissionspräsidentin von der Leyen offenbar auf Biegen und Brechen durchdrücken wollen, sind daher ganz klar abzulehnen.

Nach wie vor leide die Ukraine unter massiver Korruption, nahezu im Wochentakt würden neue Skandale ans Licht kommen. Es ist daher schon ein schwerer Sündenfall, dass bereits Milliarden an Steuergeld der europäischen und vor allem österreichischen Steuerzahler an die Ukraine geflossen sind, besonders über die zynische ‚EU-Friedensfazilität‘, mit der Waffenkäufe finanziert und damit der Krieg, das Leid und Sterben ohne die notwendigen Friedensbemühungen prolongiert werden. Dass die schwarz-grüne Bundesregierung die österreichischen Steuerzahler für diese Waffenkäufe mitzahlen lässt, ist mit unserer immerwährenden Neutralität komplett unvereinbar und müsste ebenso sofort gestoppt werden.

Die Zeche für einen EU-Beitritt der Ukraine würden in der EU auch wieder Nettozahler-Staaten wie Österreich bezahlen müssen: „Laut Berechnungen der EU-Kommission würde die Ukraine im Falle eines Beitritts 186 Milliarden Euro aus dem Unionsbudget erhalten, die Kosten für einen Wiederaufbau werden aktuell auf rund 750 Milliarden Euro geschätzt. Dadurch kämen auf die Österreicher weitere schwere Belastungen zu und die EU würde endgültig in eine Schuldenunion umgewandelt werden, was offenbar auch das Ziel der Brüsseler Zentralisten ist.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien nachfolgenden

#### Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen einen EU-Beitritt der Ukraine aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

